0341 . 30 68 235

GAMMA

5/03
4.April 2003
#128

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Deutsche Flüchtlingspolitik

Die 20jährige Schülerin Parichere Etemad Zadeh aus Kleve (NRW) soll mit ihrem Bruder und ihrer Mutter in den Iran abgeschoben werden. Die Familie kam 1999 bzw. 2000 nach Deutschland und stellte einen Antrag auf Asyl. Dieser wurde im Dezember 2002 in letzter Instanz vom Verwaltungsgericht Düsseldorf abgelehnt. Am Morgen des **5.März** wurden die Mutter und ihre Kinder zu Hause abgeholt und im Gebäude der Kreisverwaltung festgehalten. Sie sollten später zum Frankfurter Flughafen gebracht werden. Die Mutter erlitt einen Nervenzusammenbruch. Eine spontane Initiative der Mitschüler bewirkte, dass Zadeh nun das laufende Schuljahr beenden darf. Sie musste aber schriftlich versichern, sofort danach mit ihrer Familie auszureisen. (Jungle World 12.03.)

Antisemitismus

Berlin, 23.3. Ein US-amerikanischer Jude ist Charlottenburg auf offener Straße angegriffen worden. Ein unbekannter Täter beschimpfte den 23jährigen und schlug ihm ins Gesicht. Der Angegriffene war an seiner Kleidung, seiner Kopfbedeckung und seinen Schläfenlocken als orthodoxer Jude erkennbar. Nach der Tat flüchtete er in eine Synagoge und verständigte die Polizei.(Jungle World 2.4.03)

Düsseldorf, 13.3. Mit dem Vorwurf, "antisemitische Verschwörungstheorien" zu verbreiten, muß Jamal Karsli leben. Der parteilose Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen unterlag vorm Landgericht mit einer Verleumdungsklage gegen den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Anlaß war die Äußerung Karslis, eine "zionistische Lobby" habe den "größten Teil der Medienmacht in der Welt inne" und könne jede noch so bedeutende Persönlichkeit "klein kriegen". Vor dieser Macht hätten die Menschen in Deutschland "verständlicherweise Angst". Israel warf er "Nazi-Methoden" vor. Nach Ansicht des LG hört hier die Meinungsfreiheit auf. Karsli erklärte noch im Gerichtssaal, er werde in Berufung gehen. Gleichzeitig kündigte er an, eine interreligiöse Partei zu gründen, „in der Rechtsradikale und Antisemiten keine Chance hätten".

Naziübergriffe

Zwickau, 24.3. Sechs Männer im Alter zwischen 15 und 22 Jahren verübten einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. Die Beschuldigten hätten die Tat gestanden. (Jungle World 2.4.03)

Schwerin, 12.3. In einer vollbesetzten Straßenbahn riß ein mutmaßlicher Neonazi einem 10-jährigen irakischen Jungen, der mit einem Walkman Musik hörte, die Baseball-Kappe vom Kopf und forderte die Herausgabe des Walkmans, die der Junge allerdings verweigerte. Daraufhin setzte der Angreifer ein Messer an die Kehle des Jungen, schlitzte seine Jacke auf und drohte ihm, ihn umzubringen. Anschließend trat und schlug er auf den Jungen ein und spuckte ihm ins Gesicht. Der 19-jährige Täter wurde inzwischen gefaßt, obwohl in der Straßenbahn nur eine einzelne Frau versucht hatte, einzugreifen.

Neuruppin, 11.3. Nach der Mißhandlung eines 17-jährigen in Neuruppin ist gegen einen 20-jährigen Haftbefehl erlassen worden. Er soll gemeinsam mit einem Komplizen den Jugendlichen am 3.3. so schlimm zugerichtet haben, dass dieser stationär in einer Klinik behandelt werden musste. Ein rechtsextremer Hintergrund der Tat sei nicht auszuschließen, teilte die Polizei mit.

Magdeburg. Am Abend des **4. März** wurde ein 24jähriger Iraker vor dem Hauptbahnhof geschlagen und mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Der Mann blieb ohne Verletzungen. Der mutmaßliche Täter, der der Polizei bereits wegen anderer Delikte bekannt ist, wurde festgenommen. (Jungle World 12.03.)

Naziaktivitäten und Gegenaction

Hanau, 29.3. Nur 150 bis 200 Nazis kamen zum eigentlich für 600 Nasen angemeldeten Aufmarsch „Freier Nationalisten. Als kurz vor Demonstrationsbeginn Nazis sich über Megaphon für ihren Zug einstimmten, musste das Vorhaben nach knapp einer Minute abgebrochen werden.

Gegen die "Nazis raus" - Rufe, Trillerpfeifen und Fahrradklingeln kam kein Lautsprecher an. Während der Zug dann lief, wurden 2 Gruppen von jeweils 80 bis 100 GegendemonstrantInnen von der Polizei in den Seitenstraßen zurückgehalten. Eine Gegendemonstration des DGB war kurzfristig abgesagt worden. Auch zwei weitere angemeldete Protestaktionen vom Schülerrat und der Hanauer Friedensplattform fanden nicht statt. (garfield 3.4.)

Gotha, 22.3. Nach eigenen Angaben 65 Nazis nahmen an einem Aufmarsch gegen den Golfkrieg teil. Während der Kundgebungen traten Christian Worch, Gerd Ittner und Hartmut Wostupatsch auf.

Mannheim, 20.3. Zur Friedensdemo wollten auch rund 70 Nazis. Sie versuchten nach eigenen Angaben, zur Abschlusskundgebung in Mannheim-Herzogenried dazu zu stoßen, scheiterten aber am Widerstand der TeilnehmerInnen der Friedensdemo. Daraufhin formierten sie einen eigenen Demonstrationszug und zogen sich, verfolgt von AntifaschistInnen, zurück. Die Polizei kesselte die Nazis dann für über eine Stunde ein, ermöglichte ihnen aber den Abzug in einem eigens dafür zur Verfügung gestellten MVV-Bus zurück nach Viernheim, wo sie sich früher am Abend getroffen hatten. An dem Aufmarsch unter Führung des Viernheimers Rene Rodriguez-Teufer nahmen unter anderen Aktivisten der Kameradschaft Saarlautern teil.. Bei der Auseinandersetzung mit den Neonazis zog sich ein Demonstrant eine Platzwunde durch einen von Nazis geworfenen Stein zu, die im Krankenhaus genäht werden musste. (garfield 3.4.)

Rostock, 20.3. An einem von Lars Jacobs (FIT Norddeutschland) angemeldeten „Anti-Kriegs"-Naziaufmarsch durch den Stadtteil Reutershagen nahmen nach eigenen Angaben ca. 100 Nasen teil. Beteiligt waren auch Lutz Dessau (NPD) und Christian Worch.

Hamburg, 20.3. Etwa 70 Nazis wurden von der Polizei an der Durchführung eines Spontanaufmarschs gehindert.

Berlin, 20.3. Nach eigenen Angaben rund 150 Nazis marschierten gegen den Kriegsbeginn durch Lichtenberg, als Redner traten u.a. Udo Voigt (NPD-Chef) und Gordon Reinholz (Märkischer Heimatschutz) auf.

Magdeburg, 17.3. An der Friedensdemo nahm eine Gruppe von nach deren Angaben ca. 40-50 Nazis teil, verteilte Flugblätter und rief Fascho-Parolen wie „Massenmord in Palästina - Holocaust durch die Rabiner!". Die Demoleitung beschränkte sich darauf, die Nasen zu *bitten*, doch auf eine weitere Teilnahme zu verzichten.

Köln, 15.3. Ca. 100 Nazis nahmen an einem Aufmarsch der rechtsextremen „Bürgerinitiative" Pro Köln teil, die sich gegen den Bau einer Moschee richtete. Rund 1.600 PolizistInnen schützten die Nasen vor mehreren Hundert Antifas und löste Blockadeversuche auf, die Einsatzkräfte nahmen insgesamt 292 Antifas fest. [Kölner Stadtanzeiger 16.3.]

Dessau, 14.3. Die übliche Sachsen-Anhalt-Nazihorde von 40-50 Faschos tauchte auch in Dessau auf einer Friedenskundgebung auf und verteilte Flugblätter unter ihren Tranparenten. Wie in Magdeburg und andernorts beriefen sich die Nazis auf ein Recht auf Teilnahme, nach dem ihr Anliegen ja nicht dem Anliegen der Demo zuwiderlaufen würde und sie deshalb auch nicht ausgeschlossen werden dürften.

- Wenn DemoveranstalterInnen die eigentlich einfache Aufgabe nicht gelingt, wesentliche Unterschiede zwischen ihren Positionen und denen der Nazis herauszuarbeiten, sollten sie sie entweder dulden oder auf derartige Veranstaltungen verzichten.

Schleusingen, 1.3. 60 bis 70 Nazis, u.a. aus Bayern, sollen sich im Schleusinger „Schloßkeller" versammelt haben. Ordnungsamtleiter Gansel, der vorher von dem Treffen wußte, erklärte, es habe sich nicht um eine angemeldete Versammlung gehandelt, sondern um ein spontanes Treffen, das ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen sei. Der Polizei sei nichts von dem Treffen bekannt gewesen, versicherte die Suhler Polizeidirektion. Die auffällig starke Polizeipräsenz nur wenige Meter von besagter Gaststätte entfernt sowie auf der Bundesstraße habe nichts damit, sondern lediglich mit Alkoholkontrollen zu tun gehabt.

Köln, 15.3. Bei zwei Naziaufmärschen in den Stadtteilen Mühlheim und Chorweiler haben sich jeweils etwa 120 Rechte beteiligt. Die Gegenkundgebungen hatten jeweils mehr als 1.000 Teilnehmer. Auslöser der Proteste waren die Kundgebungen der als rechtsextrem eingeschätzten "Bürgerbewegung pro Köln", die beide Male gegen den Bau einer Moschee demonstrieren wollte. Gegen insgesamt 37 Demonstranten aus dem linken Lager wurden Anzeigen wegen Landfriedensbruchs und Widerstands erstattet. Sie hatten die Nazis mit Steinen und Flaschen beworfen und sich den Polizisten widersetzt, hieß es. Der BGS nahm 80 Personen in Gewahrsam, die die Gleise eines S-Bahn-Zuges blockierten. 13 von ihnen erhalten Strafanzeigen wegen Widerstandes. Insgesamt wurden 292 AntifaschistInnen vorläufig festgenommen.

Saarbrücken, 8.3. Die Ermordung eines kleinen Jungen nahmen die Republikaner zum Anlaß für eine Demo. Etwa 40 Republikaner und Anhänger zogen durch die Stadt. Antifas verteilten Flugblätter, in denen sie die Nazis selbst als Kindermörder bezeichneten (mit Verweis auf zahlreiche Brandanschläge, ihrer Forderung nach Abschiebung von Kindern etc.). Eine versuchte Blockade wurde von der Polizei aufgelöst und 14 AntifaschistInnen festgenommen. Während der Festnahme und auf dem Polizeirevier kam es zu vielen Androhungen körperlicher Gewalt durch die Beamten. Auf dem Revier mußten sich alle Festgenommenen völlig entkleiden. Gegen alle wurden Ermittlungsverfahren wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" eingeleitet.

Rassistische Gewalt bei Polizei und BGS

Das Anti-Folterkomitee des Europarats (cpt) hat dem BGS unnötige und "exzessive Gewalt" bei der Abschiebung von Ausländern per Flugzeug vorgeworfen. Abschiebehäftlinge auf den Flughäfen Schönefeld, Frankfurt und Stuttgart hätten sich über Faustschläge, Fußtritte und Beschimpfungen beklagt.

Auf dem Flughafen Schönefeld wurde eine Nigerianerin mit Händen und Füßen auf eine Holzbank gefesselt und so in das Abschiebe-Flugzeug getragen. Ihr Widerstand wurde durch einen schmerzhaften "Kopfhaltegriff" und einer ins Gesicht gepressten Jacke gebrochen. Der Flugkapitän weigerte sich, die Frau an Bord zu nehmen. Die Beamten brachten sie daraufhin unter Schlägen in die Abschieberäume zurück.

Am Stuttgarter Flughafen beschwerte sich ein Kameruner, dass er bereits in einer Mannheimer Polizeiwache gegen seinen Willen eine Beruhigungsspritze bekommen hatte. In Stuttgart musste er dann noch eine ruhig stellende Tablette schlucken. Auch hier weigerte sich der Pilot, den Mann in diesem Zustand mitzunehmen.

Hamburg, 15.3. Laut Radiomeldungen ist abends gegen 22 Uhr ein Afrikaner auf der Flucht vor der Polizei im Mittelkanal in Hamburg-Hammerbrook ertrunken. Er sprang den Meldungen zufolge in den Kanal, nachdem die Polizei ihn und einen zweiten Afrikaner an der S-Bahnstation Hammerbrook festnehmen wollte, da sie angeblich mit Drogen handelten. Der zweite Afrikaner konnte entkommen.

Urteile gegen Nazis

Braunschweig. Im Prozess um den Brandanschlag auf die Wolfenbütteler Moschee sind die sieben Angeklagten wegen versuchter schwerer Brandstiftung zu mehrjährigen Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt worden. Der 22-jährige Haupttäter der Gruppe, der als einziger nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt wurde, soll für dreieinhalb Jahre ins Gefängnis. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er die Idee zu dem Anschlag hatte und die Tatausführung maßgeblich vorantrieb.

In der Nacht zum 23.11.02 hatten die sieben Nazis aus dem Kreis Wolfenbüttel und der Stadt Salzgitter aus Ausländerhass insgesamt 16 Molotow-Cocktails auf das Gebetshaus geschleudert. Verletzt wurde dabei niemand, es entstand lediglich geringer Sachschaden. (garfield)

LG Mainz, 27.3. Der frühere NPD-Anwalt Horst Mahler muss wegen Billigung der Terroranschläge vom 11. September eine Geldstrafe von 7.200 Euro bezahlen. Mahler hatte den Attentätern kurz nach dem Anschlag seine „Hochachtung" gezollt und sie als „opferbereite Krieger" bezeichnet. (garfield)

Kiel, 7.3. Das Lübecker „Wahlbündnis Nationaler Sozialisten" wurde vom schleswig-holsteinischen Innenministerium verboten.

AG Dortmund, 6.3. Der unter dem Spitznamen "SS-Siggi" bekannte Dortmunder Rechtsextremist Siegfried Borchardt (49) ist zu vier Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der inzwischen verbotenen FAP hatte am Rande einer Antifademo in Dortmund eine „leicht abgewandelte Form" – zwei abgespreizte Finger - des Hitlergrußes gezeigt und später auch einen Polizisten beleidigt. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Monate Haft ohne Bewährung beantragt. Der Dortmunder Neonazi war bereits im vergangenen Jahr wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Dieses Urteil ist im Januar 2003 von einer Berufungskammer des Dortmunder Landgerichts bestätigt worden. Dagegen hat der Angeklagte Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

AG Backnang, 11.3. Das Gericht verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 2.000 Euro für einen 24-jährigen Nazi wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Er war am 3.11.01 in Backnang mit seinem Auto und anderen Kameraden auf dem Weg zum Bahnhof

in eine „gezielte Fahrzeugkontrolle“ geraten. Die Nasen wollten vom Bahnhof aus per Bus nach Leipzig zur Nazidemo mit dem Motto "Gegen Repression, für Meinungsfreiheit". Die Beamten fanden in einem Seesack außer einer nagelneuen „Qualitätsholzaxt“ einen Baseballschläger, einen Gummiknüppel sowie einen Klappspaten. Das Gericht zählte bereits den Weg zum Backnanger Bahnhof zum „Weg zur Demonstration“.

Frankfurt/Oder, 12.3.. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit einigen Wochen gegen den 69-jährigen Nazianführer Ernst-August Möller aus Tönning bei Husum. Tatvorwurf ist das „Einschleusen von Ausländern“. Möller, ehemaliger Unterstützer der NSDAP/AO und früherer Kreisvorsitzender der NPD im Kreis Nordfriesland, soll Frauen für das Rotlichtmilieu über die deutsch-polnische Grenze nahe Frankfurt/Oder gebracht haben. Den Behörden bekannt ist er schon lange: Im September 1978 überfielen Möllers Kameraden Jürgen Töpke und Armin Peil in Husum ein britisches Militärfahrzeug, um Waffen zu stehlen, erwischten aber nur einen Tresor. Statt Waffen fanden sie geheime Dokumente der Nato, von Telefonlisten bis zu Raketencodes. Mit dem Material wollte die Nazigruppe Rudolf Hess freipressen, was aber nicht gelang. Im März 1979 plante die Gruppe einen Brandanschlag auf eine Freimaurerloge in Hamburg, was aufflog. Zuvor war der Gruppe sogar ein Bombenanschlag auf die Flensburger Staatsanwaltschaft gelungen. Es lief ein 129a-Verfahren und es gab mehrere Verurteilungen wegen Diebstahls u.ä.; bis heute scheint Geld aus Möllers kriminellen Machenschaften in die »nationale Bewegung« zu fließen.

NPD I -Verfahren eingestellt

18.2. Wie zu erwarten war, hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das NPD-Verbotsverfahren aufgrund der skandalösen V-Leute-Praxis des Verfassungsschutzes eingestellt. In der Klageschrift waren mehrere vom VS bezahlte Zeugen benannt worden. Mindestens 30, maximal 84 NPD-Mitglieder auf den Vorstandsetagen der Partei sind bezahlte V-Leute. Drei der sieben Richter sahen in der möglichen staatlichen Fremdsteuerung der NPD ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“. Die übrigen vier Richter lehnten dagegen eine Einstellung ab. Damit kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das NPD-Verbotsverfahren nicht zustande. Als „Sieg für ein besseres Deutschland“ kommentierte NPD-Parteichef Udo Voigt die Entscheidung des BVerfG. Nun strebe die NPD im Jahr 2004 den Wiedereinzug in die Landesparlamente an. Unmittelbar nach Verkündung des Urteils trat der Anwalt und Prozeßbevollmächtigte Horst Mahler aus der NPD aus. Er sei im Jahr 2000 nur deshalb eingetreten, um seine Solidarität mit der NPD zu bekunden. Reaktion Schilys: Forderung von noch mehr V-Leuten.
Es ist abzusehen, daß die NPD sich nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens nun "als quasi amtliche bestätigte Partei gerieren" und ihre Aktivitäten wieder verstärken wird.

NPD II – Sparkasse muß Konten führen

11.3. Öffentliche Banken dürfen laut BGH der NPD nicht einfach das Konto kündigen. Solange die Partei nicht verboten ist, dürfe sie in ihrer Tätigkeit nicht „willkürlich“ behindert werden. Konkret ging es um das Konto des sächsischen NPD-Landesverbandes bei der Sparkasse Leipzig. Diese hatte die Bankverbindung im Sommer 2000 gekündigt, weil sie einen „Imageschaden“ für sich fürchtete. Bundesweit verlor die NPD inzwischen 150 Konten. Das Leipziger Verfahren war als Musterprozeß geführt worden.

NPD III – Razzia bei DS

Riesa, 10.3. Mehr als 70 PolizistInnen haben das Verlagshaus der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" (DS) und drei Wohnungen in Riesa durchsucht. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt unter anderem wegen des Verdachts auf Volksverhetzung. Die Beamten stellten bei der Durchsuchung Computer und schriftliche Unterlagen sicher. Es soll sich um volksverhetzende Texte und Musik-CDs handeln. (Newsbote 10.03.)

SSS-Zentrum in Pirna geplant

Pirna, 22.3. In der Geipeltstraße soll ein neues Nazizentrum entstehen. Die Eröffnungsfeier soll am 28.3. sein. Der Staatsschutz alarmierte Anfang März die Stadtverwaltung, nachdem Nazis aus dem SSS-Umfeld begannen, den ehemaligen Fitneßclub „Muskelkater“ auszubauen. Das Gebäude ist von zwei, ebenfalls bekannten Nazis bis 31.12.2005 gemietet. Im Erdgeschoß ist ein Piercing- und Tatoo-Studio geplant. Das Obergeschoß soll für den Klub genutzt werden.
Die Nasen wollen einen Club nach Vorbild des Dresdner Nazizentrums „Thor“, das gerade auf der Suche nach neuen Räumen ist, einrichten. Vermutungen, daß dieser nach Pirna umziehen soll, haben sich nicht bestätigt. Die Stadt, der Staatsschutz und die „Aktion Zivilcourage“ überlegen bereits, wie sie das ganze verhindern können. Vorerst gab es eine Nutzungsuntersagung für alles, was nicht zum bisherigen „normalen Fitneßbetrieb“ gehört, außerdem wurde der „daraufhin erschrockene“ ältere Vermieter informiert, der jetzt unterstützt werden soll, weil er auf den Erlös angewiesen sei.
Das 129a-Verfahren gegen die SSS vorm Oberlandesgericht in Dresden läuft unterdessen immer noch, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Nach Ansicht des vorsitzenden Richters gibt es in diesem Verfahren keine Anhaltspunkte dafür, daß V-Leute eine führende Rolle gespielt hätten. Demnächst werden noch einige Zeugen gehört, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ist der Vorwurf bereits erwiesen. Allgemein wird befürchtet, daß nach dem Scheitern des NPD-Verfahrens auch Kameradschaften neuen Auftrieb gewinnen werden.

Abschiebungen verhindern !

Frankfurt. Durch zahlreiche Aktionen am Frankfurter Flughafen konnten in den letzten Wochen erfolgreich Abschiebungen verhindert werden. Am **17.Februar** verhinderten AktivistInnen die Abschiebung von Frau Ngesi Oginia Kuko über Paris nach Kamerun durch Air France. Sie überzeugten den Piloten, daß dieser Flug gegen den ausdrücklichen Willen von Frau Kuko erfolgen würde. Am **20.2.** wurde die Abschiebung des Angolaners Miguel D. Matos mit einer Maschine der portugiesischen TAP nach Angola verhindert. Auch hier weigerte sich der Pilot infolge des Protests von AktivistInnen der Kampagne "Deportation Class", den Zwangstransport durchzuführen. Die Aktionen im Rahmen der Kampagne gegen die Deutsche Lufthansa AG haben inzwischen dazu geführt, daß gewaltsame Abschiebungen durch die AG inzwischen abgelehnt werden. Die rumänische Fluglinie Tarom führt inzwischen keine Sammelabschiebungen mehr durch. Die deutsche Pilotenvereinigung Cockpit fordert neuerdings Flugkapitäne und Personal dazu auf, sich vor jeder Abschiebung zu vergewissern, ob die Abschiebung freiwillig erfolgt.
Bei der französischen Fluggesellschaft Air France kam es innerhalb von nur 3 Wochen zu 2 Todesfällen bei Abschiebungsversuchen. Am 30.12.02 starb der 52-jährige Argentinier Ricardo Barrientos bei seiner gewaltsamen Abschiebung aus Paris-Roissy. Nur drei Wochen später, am 18.1.03, wurde Mariam Getu Hagos, ein 24-jähriger Somalier, bei seiner Abschiebung vom selben Flughafen getötet. Beide Männer waren nach Augenzeugenberichten gefesselt ins Flugzeug verbracht und dann mit Gewalt in eine vornübergebeugte Haltung gezwungen worden. Auf dieselbe Weise war am

28.5.1999 der Sudanese Aamir Ageeb bei der Abschiebung vom Frankfurter Flughafen getötet worden. Trotz zahlreicher Protestaktionen in Frankreich ist Air France offenbar nicht bereit, gewaltsame Abschiebungen zukünftig nicht mehr zuzulassen. Am 8.2. wurde die togoische Staatsangehörige Dokpe Dikewu bei ihrer Abschiebung mit einem Flugzeug der Air France von den begleitenden Beamten mißhandelt und erlitt erhebliche Verletzungen.

Repression: § 129a- Razzia gegen AJZ Dessau

Am **1.April** wurde das AJZ Dessau von mindestens 30 Polizeibeamten durchsucht. Hintergrund ist ein Verfahren nach dem oft zur Durchleuchtung der linken Szene genutzten §129a (Bildung / Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). In diesem Fall dabei es um ein „kommando freilassung aller politischen gefangenen", dem Brandanschläge gegen ein Autohaus und gegen das LKA in Magdeburg angelastet werden. Insgesamt wurden zeitgleich zehn Objekte durchsucht, so auch in Magdeburg. Festnahmen gab es keine.

Leipziger „Friedensdemo"-Mob will sich prügeln

Leipzig, 20.3. Auf der Abschlußkundgebung der „Friedensdemo" anläßlich des Beginns des Golfkriegs kam es vor dem Bundesverwaltungsgericht zu Handgreiflichkeiten durch TeilnehmerInnen. Nach Augenzeugenberichten stürmte eine Horde von jüngeren Punks zusammen mit eher bürgerlichen DemonstrantInnen auf eine Gruppe zu, die ein Transparent mit der Aufschrift „Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder" am Rand des Platzes präsentierten. Eine eilig aufgezogene Polizeikette verhinderte, dass der Mob die TranspiträgerInnen erreichen konnte.

Kalenda

5.4. Naziaufmarsch in Erfurt. (4/03)
5.4. Naziaufmarsch in Neumünster. (4/03)
20.4. Naziaufmarsch in Weimar.
1.5. Nazi-Kam.-Aufmarsch in Frankfurt/M., NPD in Berlin. (4/03)
10.5. Naziaufmarsch in Neuhaus/Rennsteig (Thür.). (4/03)
13.-15.5. Innenministerkonferenz in Erfurt (www.puk.de/atag)
30.5.-3.6. G8-Gipfel in Evian/Genf. (4/03)
31.5. Nazi-Aktionstag in Gotha. (4/03)
9.-15.6. Noboder-Camp in Timisoara/Rumänien.
19.-21.6. EU-Gipfel in Thessaloniki.

Naziaufmarsch in Erfurt

Für den Naziaufmarsch der NPD am **5.4.** in **Erfurt** (Gamma 4/03) mobilisiert jetzt auch das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen" (NSAW). Es gibt eine Internetseite der Gegenmobilisierung: www.npd-wegrocken.tk.
Für Gegenaktivitäten wird dazu aufgerufen, sich um 12 Uhr Am Anger, Erfurt, an der Kundgebung „Rassismus und Antisemitismus den Weg versperren" zu beteiligen.
In der Naziszene ist um den Aufmarsch wieder mal der Streit zwischen Kameradschaften und NPD entbrannt. Der Partei wird von den „Freien" vorgeworfen, sie habe Erfurt extra angemeldet, um den Aufmarsch in Neumünster gegen die Wehrmachtsausstellung, der von Peter Borchert, Aktivist des „Club 88" angemeldet wurde, zu sabotieren. Borchert ist auch Chef des durch Kameradschaften dominierten NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Selbst die Nutzung des in Riesa befindlichen und von Jürgen Günz verwalteten NPD-Lautsprecherwagens wurde Borchert verwehrt.

Antifademo

In **Bad Nauheim** findet am Samstag, dem **5. April,** eine Antifa-Demo unter dem Titel "Vati mach den Bierkrug zu" statt. Sie richtet sich gegen eine als Nazitreff dienende Kneipe. Treffpunkt ist um 12 Uhr am Bahnhof. Mehr Infos: www.antifaactiontour.tk

Saddam – und dann?

Unter diesem Motto diskutieren am **9.April** irakische Oppositionelle über Krieg, Frieden und Befreiung. Eine Veranstaltung von Jungle World und Phase 2, sie beginnt 18.30 Uhr im Volkshaus, Karl-Liebknecht-Str.30, **Leipzig**.

2-Jahre-besetzt Festival

Auf dem ehemaligen Topf&Söhne-Gelände, **Erfurt**, Rudolstädter Str. 1, gibt es am **11.** und **12.April** Konzis, Disco, Politik- und Kulturveranstaltungen, Küche für alle und die Eröffnung des Rundgangs über das Topf & Söhne-Gelände.

Fear of a kanak planet

Eine Lesung zum gleichnamigen Buch zum Thema Rassismus und Nationalismus im deutschsprachigen HipHop, mit anschließender Podiumsdiskussion. Am **15.April** um 20 Uhr im Conne Island, **Leipzig**. Im Anschluß DJing im Café.

Innere Sicherheit

Eine Infoveranstaltung zu diesem Thema gibt's am **16.April** im Rahmen einer Reihe des „Anti-Kriegs-Bündnis" zum aktuellen Golfkrieg. Ort: nato, Karl-Liebknecht/ Ecke Körnerstraße, **Leipzig**, Beginn 19 Uhr.

Zweierlei Israel?

- Buchvorstellung und Diskussion mit Moshe Zuckermann am **19.April** in der Moritzbastei, Universitätsstraße, **Leipzig**, Beginn 18.30 Uhr.
Verwirrender war die Lage nie: Deutsche Kommunisten ergreifen wie die deutsche Rechte im Kampf gegen Israel die Partei der Palästinenser. Antideutsche Linke verteidigen Israels regierende Rechte, israelische Kommunisten gelten ihr als Handlanger islamistischen Terrors. Man hört Rufe: "Antisemiten", "Zionisten", "Philosemiten", "Rassisten", "Imperialisten".
Im Gespräch mit Zuckermann sind die Konkret-Autoren Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß. Unter anderem soll die Mißverständnisse ausgeräumt werden, aufgrund derer Zuckermann von Gegnern Israels als Antizionist in Beschlag genommen wird.

Naziaufmarsch + Gegenaction in Heidelberg

Gegen den Naziaufmarsch am **19.April** gibt es eine Kundgebung unter dem Motto "Nazis? – No way! Zusammen gegen Krieg und Faschismus!". Treff ist um 11.30 Uhr am Hauptbahnhof. Ausführliche und aktuelle Infos bekommt ihr unter www.autonomes-zentrum.org/ai/, http://antifa.kommunikationssystem.de und
www.domeus.de/groups/lesezirkel.regional

Naziaufmarsch in Rostock

Am **26.April** wollen Faschos der „Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock" in der Hansestadt das offensichtlich bei Nationalisten beliebte Thema „Bombenkrieg" für einen Aufmarsch nutzen. Treff der Nazis soll 12 Uhr am Duncker-Platz sein.

das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft.

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de